

IMPERIALISMUS

Jenseits territorialer Herrschaft

Thorsten Fuchshuber

Vor 20 Jahren hat die Politikwissenschaftlerin Ellen Meiksins Wood eine Studie des Imperialismus vorgelegt, die bei der Analyse aktueller globaler Entwicklungen hilfreich ist. Sie kommt zu dem Schluss: Die Herrschaft des Kapitals kann auf die Existenz von Staaten und ihre Militärmacht nicht verzichten – und bleibt nicht nur krisenhaft, sondern störungsanfällig. Das zeigt auch Russlands Krieg gegen die Ukraine.

Seit dem großangelegten Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist wieder viel vom Imperialismus und imperialen Absichten die Rede. Wladimir Putin wolle ein großrussisches Reich wiedererstehen lassen, heißt es zur Erläuterung, und die Ukraine betrachte er als unverzichtbaren Teil davon. Ganz allgemein bezeichnet der Begriff Imperialismus „das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen“, wie man etwa im Lexikon der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung erfährt. „Dieses Streben kann dadurch erfolgen, dass schwächere Länder gezielt politisch, wirtschaftlich, kulturell oder mit anderen Methoden vom stärkeren Land abhängig gemacht werden.“ Gegebenenfalls könne dies „bis hin zu deren Unterwerfung und zur Eingliederung in den eigenen Machtbereich“ führen, ergänzt das Online-Lexikon „Wikipedia“.

Was allerdings genauer gemeint ist, bleibt meist offen. Verkompliziert wird die Sache dadurch, dass „Imperialismus“ in den vergangenen Jahrzehnten vorwiegend als ein gegen die Politik der USA gerichteter Begriff fungierte, um die von dem Land geführten Kriege und auch dessen sonstige Einmischung weltweit zu kritisieren.

Diese Interventionen seien vor allem wirtschaftlich motiviert gewesen, so etwa der Imperialismusforscher Atul Kohli, der drei Phasen des „US-Imperialismus“ unterscheidet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hätten die Vereinigten Staaten als aufstrebende Wirtschaftsmacht zunächst das Ziel gehabt, durch die Eroberung ausländischer Märkte etwaige Konjunkturtiefs abzufedern. Die zweite Phase sei dann nicht allein von der Weltwirtschaftskrise, sondern auch vom Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus dominiert gewesen. In der dritten Phase hätten die USA vor allem verhindern wollen, dass in Ländern wie Chile linke Regierungen an die Macht kommen, die US-amerikanische Wirtschaftsinteressen gefährden könnten.

Nicht nur von Kohli wird angemerkt, dass der Imperialismus nicht einfach gleichbedeutend mit Kolonialisierung sei. Dies ist auch eine Basis der Überlegungen von Ellen Meiksins Wood. Die Politikwissenschaftlerin versucht daher, den traditionellen Imperialismus, wie er sich insbesondere zwischen den Weltwirtschaftskrisen 1873-1879 und 1929-33 entwickelte, von einer genuin „kapitalistischen Form des ökonomischen Imperialismus“ zu unterscheiden, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchgesetzt habe. Seien die traditionellen Ziele „wirklich unmittelbare koloniale Herrschaft und territoriale Expansion“ gewesen, gehe es heute darum, dass das Kapital „sicher und profitabel durch das globale System navigieren kann“.

Erst in dieser neuen Form des Imperialismus konstituiere sich tatsächlich „Das Imperium des Kapitals“, so der Titel von Woods 2003 (im englischen Original: „Empire of Capital“ bei Verso) erschienener Studie. Zentrales

Thema ihres Buches ist also die Analyse eines Imperialismus, der ökonomische Hegemonie ohne Kolonial- und Territorialherrschaft anstrebt, was ihr zufolge verlangt, „die Besonderheiten der kapitalistischen Macht und die Natur des Verhältnisses zwischen ökonomischer und außerökonomischer Gewalt im Kapitalismus zu verstehen“.

Seien die traditionellen Ziele „wirklich unmittelbare koloniale Herrschaft und territoriale Expansion“ gewesen, gehe es heute darum, dass das Kapital „sicher und profitabel durch das globale System navigieren kann“.

Dazu gehört für die Autorin auch ein anderes Verständnis der imperialistischen Politik, die die Vereinigten Staaten ihrer Ansicht nach heute betreiben. Zwar sei es nicht so schwer zu verstehen, weshalb das globale Kapital im Allgemeinen eine überlegene Militärmacht braucht, um die Bedingungen zur Kapitalakkumulation und einen funktionierenden Weltmarkt aufrechtzuerhalten; „aber es ist nicht immer so klar, wie die Hegemonie der USA dem US-Kapital im Besonderen nützlich ist“. Entscheidendes Merkmal des kapitalistischen Imperialismus sei indes nicht militärische Macht, sondern vielmehr die Tatsache, dass er sich weit über die Reichweite jeder denkbaren außerökonomischen Macht hinaus erstreckte.

Interessante Thesen also, die Ellen Meiksins Wood in ihrem Buch for-

muliert, das 2016 auch auf Deutsch erschienen ist, im selben Jahr, in dem die 1942 geborene, an Marx orientierte Theoretikerin verstarb. Von 1967 bis 1996 hatte Wood Politikwissenschaft an der York University in Toronto gelehrt; darüber hinaus war sie unter anderem langjähriges Redaktionsmitglied der einflussreichen Zeitschrift „New Left Review“ und Mitherausgeberin des „Monthly Review“.

Um nachvollziehbar zu machen, wie es zu der enormen Reichweite des kapitalistischen Imperialismus kommen konnte, greift die Wissenschaftlerin zunächst weit in die Geschichte imperialer Herrschaft zurück. Angefangen beim chinesischen und römischen Imperium stellt sie dar, was jeweils die Basis imperialer Herrschaft bildete. Im Falle Chinas war dies ein zentralisierter bürokratischer Staat, den der Kaiser nicht durch Kolonisierung, sondern mit einem riesigen Apparat von Amtsträgern verwaltete. Natürlich lag dem auch militärische Macht zugrunde, doch die materielle Basis war eine direkte staatliche Besteuerung der Bauernschaft, was zugleich die Herausbildung von mächtigen Grundbesitzerklassen verhindern sollte. Dennoch drohte diese Struktur immer, lokale Dynastien und Herrschaftszentren hervorzubringen, was die imperiale Macht Chinas zwangsläufig begrenzte. Demgegenüber setzten die Römer auf ein ausgedehntes Bündnis von lokalen Grundbesitzer-Aristokratien bei Unterstützung durch römische Kolonisten und Kolonialverwalter.

Es wird rasch deutlich, was bei dieser historischen Darstellung Woods Interesse ist: Sie will jeweils das Verhältnis von ökonomischer und außerökonomischer Macht bei der Herstellung und Aufrechterhaltung imperialer Herrschaft untersuchen,

Hat versucht, den Imperialismus auf der Höhe des global durchgesetzten Kapitalismus zu verstehen: Die an Marx' Kritik der politischen Ökonomie orientierte Politikwissenschaftlerin Ellen Meiksins Wood.



FOTO: WIKIMEDIA COMMONS

sowie die jeweilige materielle Grundlage der verschiedenen Imperien identifizieren. So lehrreich das im Einzelnen sein mag, bleibt der Erkenntnisgewinn hinsichtlich eines Begriffs von kapitalistischem Imperialismus beim Studium dieser frühen Großreiche begrenzt.

In den späteren Kapiteln arbeitet die Autorin die Differenz zu kapitalistischen Gesellschaften prägnanter heraus. So erläutert sie, dass der Merkantilismus beziehungsweise Handelskapitalismus, wie er in Italien und den Niederlanden zur Blüte kam, eben noch nicht Kapitalismus im entwickelten Sinne war: Noch bestimmten ökonomische Imperative, gekennzeichnet durch Markt- und Konkurrenzverhältnisse weder das gesellschaftliche Verhältnis der Niederlande noch deren imperialistische Politik. Vielmehr blieben im Merkantilismus außerökonomische, militärische Macht und die mit ihr verbundenen Handelsvorteile, nicht die ökonomische Rationalität der auf Lohnarbeit basierenden Produktionsweise, das grundlegende Prinzip.

Erst das britische Empire hat laut Wood die ökonomischen Imperative des Kapitalismus – Warenproduktion, Markt, Konkurrenz, und so weiter – für seine imperiale Politik mobilisiert. Wie das funktioniert hat und welche Rolle Gewalt dabei spielte, erläutert die Autorin anschaulich anhand der Kolonisierung Irlands. Dort versuchten die Engländer, das irische Eigentumssystem zugunsten von wirtschaftlichen Pachten englischen Stils zu beseitigen. Im Mutterland nämlich hatten die Grundherren ihre außerökonomische Macht zunehmend an einen zentralisierten Staat verloren. Ihr Reichtum hing daher immer mehr von der Produktivität und vom kommerziellen Erfolg ihrer Pächter ab. Das führte in England zu einer Form des Agrarkapi-

talismus. Dieser war gekennzeichnet durch eine Konzentration von Land in den Händen der Grundherren mit den erfolgreichsten Bauern, gemäß der im Verhältnis zu anderen Marktteilnehmern profitabelsten Nutzung von Land. Subsistenz spielte eine zunehmend untergeordnete Rolle, weshalb durch die Freisetzung vieler Bauern die Voraussetzung für die Entstehung der lohnabhängigen Arbeiterschaft wie auch das Personal für die koloniale Besiedlung entstand. Dies ging alles andere als gewaltlos vonstatten und war, was etwa die Besiedlung der heutigen USA angeht, von brutalsten Konsequenzen bis hin zum Völkermord begleitet. Die „Grundlage für ökonomische Konkurrenz als Alternative zu außerökonomischer Rivalität und ökonomischer Imperative als Alternative zu unmittelbarer kolonialer Herrschaft“ war geschaffen.

Letztlich ist es aber weder der historische Streifzug durch die Geschichte der Imperien noch die durchaus nachvollziehbare Darstellung, wie nach und nach die Grundlagen der kapitalistischen Verwertung geschaffen und global – meist durch brutale Gewalt – durchgesetzt wurden, was Ellen Meiksins Woods Darstellung so lesenswert macht. Vielmehr ist es ihr Versuch, einen Begriff des Imperialismus zu entwickeln, welcher der heutigen Welt entspricht. Auch in der Gegenwart gelten kapitalistische ökonomische Prinzipien zwar noch nicht überall in gleichem Maße – etwa, weil Subsistenzwirtschaft noch immer eine große Rolle spielt. Doch die ökonomische Konkurrenz ist zum vorherrschenden Prinzip internationaler Beziehungen geworden. Der neue Imperialismus bedinge daher „nicht länger ein Verhältnis zwischen imperialen Herren und kolonialen Unterworfenen“, sondern sei gekennzeichnet als

„eine komplexe Interaktion zwischen mehr oder weniger souveränen Staaten“, so Woods Schlussfolgerung.

Entscheidendes Merkmal des kapitalistischen Imperialismus sei nicht militärische Macht, sondern vielmehr die Tatsache, dass er sich weit „über die Reichweite jeder denkbaren außerökonomischen Macht hinaus“ erstrecke.

Entsprechend wird die Autorin nicht müde zu betonen, dass staatliche Souveränität unter solchen Verhältnissen wichtiger ist denn je: „Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass der Staat die einzige nichtökonomische Institution ist, die für das Kapital wirklich unverzichtbar ist.“ Wood weist nach, weshalb die von dem italienischen Theoretiker Antonio Negri und anderen vertretene Vorstellung, der Staat sei durch transnationale Institutionen wie die Welthandelsorganisation WTO, den Internationalen Währungsfonds IWF und die Weltbank ersetzt worden, vollkommen irrig ist. Sie zeigt, dass mit der Universalisierung kapitalistischer Imperative zwar ein Weltmarkt entstanden ist, dieser sich jedoch nicht jenseits der Nationalstaaten verortet, sondern durch diese hindurch konstituiert. Sosehr die Nationalstaaten der kapitalistischen Logik unterworfen sind, können sie in begrenztem Rahmen eigene Regeln setzen. Entsprechend sei der wirtschaftliche Erfolg, den international agierende Unternehmen in der globa-

len Ökonomie haben, abhängig von der unverzichtbaren Unterstützung durch die Staaten, in denen sie agieren, „sowohl am Heimatstandort als auch an anderen Orten in ihrem ‚multinationalen‘ Netzwerk“. Staatliche Souveränität und Weltmarkt bleiben demnach unauflösbar miteinander verbunden.

Wood argumentiert, dass es auch in Zeiten zunehmender Privatisierung mehr denn je der Staat ist, der die Bedingungen zur Akkumulation des Kapitals – zur Schaffung von Mehrwert also – durchsetzt und aufrechterhält. Das trifft nicht nur auf seine historische Rolle zur erzwungenen Freisetzung von Arbeitskräften für die Fabriken zu, sondern beispielsweise auch für seine heutige Funktion, allem Sozialabbau und aller Privatisierung zum Trotz eine minimale Absicherung als „wesentliche Bedingung von ökonomischem Erfolg und gesellschaftlicher Stabilität zu garantieren“.

Spannend ist das Buch auch, wenn Wood in geraffter Form auf die sogenannte Globalisierung zu sprechen kommt. Diese ist ökonomisch dadurch gekennzeichnet, bestimmte Länder, deren Ökonomien, Arbeitskräfte und Märkte für die führenden Wirtschaftsnationen zu öffnen und von diesen abhängig zu machen. Noch immer geht es also darum, die kapitalistischen Imperative global durchzusetzen.

Die verheerenden Folgen davon zeigen sich etwa in der landwirtschaftlichen Produktion von sogenannten Entwicklungsländern und deren erzwungener Öffnung für subventionierte Produkte aus den reicheren Nationen. Schulden werden hier zur Waffe gegen die ärmeren Länder und diese in endlose Abhängigkeit von den reichen Nationen gestürzt: „Die real existierende Globalisierung bedeutet also die Öffnung untergeordneter Öko-

POLITESCHT BUCH

nomien mit ihrer Ungeschütztheit für imperiales Kapital, während die imperiale Ökonomie soweit wie möglich vor den umgekehrten Auswirkungen geschützt bleibt“, so Wood, die schlussfolgert: „Globalisierung hat nichts mit Freihandel zu tun. Im Gegenteil, es geht um die sorgfältige Kontrolle von Handelsbedingungen im Interesse des imperialen Kapitals.“

Globalisierung ist demnach „keine wirklich integrierte Weltwirtschaft“, denn dann wären Löhne, Preise und Arbeitsbedingungen laut Wood nicht mehr so unterschiedlich, wie sie es sind. Es geht ebenso sehr um die Verhinderung der Globalisierung, um bestimmte Standortvorteile zu verteidigen, die bei zunehmender ökonomischer Integration zu verschwinden drohen: „Die Zersplitterung der Welt in voneinander getrennte Ökonomien, jede davon mit ihrer eigenen sozialen Ordnung und ihren eigenen Arbeitsbedingungen, über die mehr oder weniger souveräne Territorialstaaten herrschen, ist für die ‚Globalisierung‘ nicht weniger notwendig als die freie Bewegung des Kapitals.“

„Globalisierung hat nichts mit Freihandel zu tun. Im Gegenteil, es geht um die sorgfältige Kontrolle von Handelsbedingungen im Interesse des imperialen Kapitals.“

Der neue Imperialismus besteht Wood zufolge darin, dass reichere, kapitalistisch entwickeltere Nationen die ärmeren Ländern von den ökonomischen Imperativen abhängig machen, innerhalb derer die reichen Nationen einen auf ihrer ökonomischen Macht basierenden Vorteil haben, auch wenn sie der gleichen Kapitallogik unterworfen sind. Zugleich sind die reichen Länder gezwungen, die Bedingungen für einen ungestörten Zugang zum Weltmarkt auch weiterhin mit militärischen Mitteln abzusichern. Hier macht Wood die herausragende, hegemoniale Rolle der USA aus. Mit ihrer geballten Militärmacht garantieren sie für alle Marktteilnehmer, dass das Kapital sicher und profitabel durch das globale System navigieren kann.

Die von Wood selbst aufgeworfene Frage, weshalb „die Hegemonie der USA dem US-Kapital im Besonderen nützlich“ erscheinen sollte, bleibt allerdings auch am Ende des Buches ungeklärt. Doch die Entwicklung der vergangenen Jahre erlaubt eine Spekulation: Vielleicht ist der unter Präsident Barack Obama eingeleitete und unter Donald Trump und Joe Biden fortgesetzte Abzug von Truppen beispielsweise aus Afghanistan und dem Irak nicht zuletzt Ausdruck einer sin-

kenden Bereitschaft von Teilen des US-Kapitals, für die Durchsetzung nicht nur seiner Interessen, sondern jener des globalen Kapitals allgemein zu bezahlen. Abgesehen davon macht Wood in ihrem Resümee klar: Auch die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten reicht nicht aus, um überall auf globaler Ebene dauerhaft die Bedingungen zur Akkumulation von Kapital zu garantieren.

Genau das aber macht das System des Kapitalismus auch angreifbar. Der Widerstand gegen das so verstandene „imperiale Kapital“ kann progressive Züge tragen, mit dem Ziel, wirkliche demokratische Verhältnisse zu schaffen. Er kann aber auch so gestaltet sein, wie von Russland derzeit praktiziert, als machtpolitisches Mittel eines Konkurrenten, der auf dem Weltmarkt unterlegen ist. Wladimir Putin will zeigen, dass er die Bedingungen zur Kapitalakkumulation zwar nicht unmittelbar zu seinem Vorteil, aber dafür sehr zuungunsten der wirtschaftlich stärkeren Länder beeinflussen kann. So wird wirtschaftliche Rückständigkeit im Konkurrenzkampf durch offene Rivalität mit außerökonomischen Mitteln zu kompensieren versucht.

Dennoch bleibt am Schluss fraglich, ob ein Verständnis des Imperialismus, wie Wood es präsentiert, tatsächlich für analytische Trennschärfe sorgt, oder ob die von ihr dargestellten Sachverhalte nicht sinnvoller dem Kapitalismus ganz allgemein zuzurechnen sind. Die mit dem „ökonomischen Imperialismus“ verbundenen Verheerungen sind keine krisenbedingten Steigerungsformen des vom Kapitalismus hervorgebrachten Elends, wie noch der klassische Imperialismus es teilweise war, sondern gehören zu dessen Wesen.

Zumindest jedoch hält Woods Verständnis von Imperialismus in Erinnerung, dass die Existenz eines Weltmarktes nicht bedeutet, dass alle gleichermaßen und zu gleichen Ausgangsbedingungen an ihm partizipieren. Und das bringt eben nicht nur auf wirklich demokratische Verhältnisse gerichtete, sondern auch zutiefst regressive, zerstörerische Formen des Widerstands und die Tendenz zum Krieg hervor. Die „Geschichte als Schlachtbank“ (Hegel) setzt sich fort.

Ellen Meiksins Wood: Das Imperium des Kapitals. Laika Theorie, 204 Seiten.

INTERGLOBAL

NICARAGUA

Die Revolution inhaftiert ihre Kinder

René Thannhäuser

In Nicaragua hat Präsident Daniel Ortega den Staat in ein Instrument der Diktatur verwandelt und ihm die Gesellschaft unterworfen. Ein Massenexodus und die schlechte wirtschaftliche Situation machen dem Regime zu schaffen.

Kämpferisch zog die kleine Gruppe nicaraguanischer Frauen durch die Straßen. „Freiheit, Freiheit für die Kämpferinnen in Gefangenschaft“ skandierten sie lautstark Ende November. Am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen wollten die Demonstrantinnen auf die Missstände bei Frauenrechten in Nicaragua und auf 22 als politisch Gefangene geltende Frauen aufmerksam machen. Doch weder die Inhaftierten noch ihre Gefängniswärter konnten die Demonstration sehen oder hören. Denn die Demonstrantinnen zogen durch die Straßen von San José, der Hauptstadt des südlichen Nachbarlands Costa Rica.

Die Repression hat in Nicaragua ein solches Ausmaß erreicht, dass eine derartige Kundgebung dort mittlerweile undenkbar ist. Präsident Daniel Ortega hat seit dem Wahlsieg von 2006 und der Amtsübernahme Anfang 2007 mit seiner Partei „Frente Sandinista de Liberación Nacional“ (FSLN) langsam, aber stetig Staat und Gesellschaft in Nicaragua autoritär umgeformt. Seit der blutigen Niederschlagung der Massenproteste 2018 mit mindestens 328 Toten, die sich an Regierungsplänen für eine Rentenreform entzündeten und gegen Ortegas autoritären Führungsstil gerichtet waren, agiert das Regime unverhohlen diktatorisch.

Auf traurige Art und Weise gleichen sich seither die Nachrichten, die aus Nicaragua die Welt erreichen. So sind im November 100 weitere Nichtregierungsorganisationen verboten worden. Die Gesamtzahl der zumeist wegen „umstürzlerischer Aktivitäten“ oder „Landesverrat“ verbotenen Organisationen beläuft sich mittlerweile auf über 3.000. Immer wieder werden Oppositionelle verhaftet, Menschenrechtsorganisationen sprechen von 220 politischen Gefangenen, darunter Journalisten, Politikerinnen und ehemalige Weggefährten Ortegas. Ende

November traf es den Soziologen Oscar René Vargas. Um seine schwer erkrankte Schwester zu besuchen, war er aus seinem Exil in Costa Rica in die nicaraguanische Hauptstadt Managua gereist. Zehn Minuten soll sich der 76-jährige bei seiner Schwester aufgehalten haben, ehe er verhaftet und verschleppt wurde.

1979 hatte die linke FSLN nach Jahren des Guerillakriegs die Somoza-Dynastie gestürzt, deren Angehörige seit 1934 den Präsidenten stellten, zuletzt den Diktator Anastasio Somoza Debayle, und machte Nicaragua zum Hoffnungsträger von Linken in aller Welt. Vargas beriet die von Daniel Ortega geführte revolutionäre Regierung bis zu ihrer Abwahl 1990. Nun zählt er zu den ehemaligen Kampfgefährten*innen Ortegas, die wegen Kritik an dessen autoritärer, kleptokratischer und wirtschaftsliberaler Politik in Nicaragua in Haft sitzen.

Nach internationalem Druck gaben die Behörden des Landes bekannt, dass Vargas wegen „Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität“ im berüchtigten Foltergefängnis El Chipote sitzt. Im Februar verstarb dort Hugo Torres Jiménez, der „Comandante Uno“ aus der Kampfzeit der FSLN. Von den El-Chipote-Inassen spricht Präsident Ortega öffentlich als „Schlampensöhnen des Yankee-Imperialismus“.

Wann genau die Transformation Nicaraguas in eine Diktatur ihren Abschluss gefunden hat, ist schwer zu bestimmen, doch die politische Kontrolle ist mittlerweile total. Am 6. November ließ das Regime Kommunalwahlen abhalten, bei denen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zufolge „die notwendigen Mindestbedingungen“ für freie Wahlen nicht gewahrt wurden. Bei ihnen verlor die Opposition die letzten neun der 153 Gemeinden des Lands, die sie bis dahin noch gehalten hatte, an die FSLN, die praktisch zur Staatspartei geworden ist: Die Wahlbehörden sprachen ihr einen Stimmenanteil von 74 Prozent zu.

Während öffentliche oder organisierte Opposition in Nicaragua nicht mehr möglich ist, steigt die Zahl der Auswandernden erheblich an. Seit

Das Fundament seiner Herrschaft bröckelt: Nicaraguas Präsident Daniel Ortega während der Feierlichkeiten zum 43. Jahrestag der sandinistischen Revolution am 19. Juli 2022 in Managua.



FOTO: EPA-EFE/JORGE TORRES

2018 haben rund eine halbe Million der circa 6,8 Millionen Einwohner das Land verlassen. Schätzungen gehen davon aus, dass es derzeit rund 1.000 Menschen täglich sind, von denen es die meisten nach Costa Rica zieht. Das südliche Nachbarland ist eines der wohlhabendsten Länder Lateinamerikas und hat liberale Einwanderungs- und Asylgesetze. Die Hauptstadt San José hat sich in den vergangenen Jahren zum Zentrum der nicaraguanischen Exilopposition entwickelt. Als billige Arbeitskräfte auf Baustellen, Plantagen und in Haushalten waren die nördlichen Nachbarn in der Vergangenheit in Costa Rica gefragt. Nach verschiedenen Schätzungen sind weniger als zehn Prozent der costa-ricanischen Bevölkerung nicaraguanischen Ursprungs, aber tatsächlich dürfte der Anteil wegen der vielen Nicaraguaner*innen ohne Aufenthaltstitel deutlich höher liegen.

Immer wieder werden Oppositionelle verhaftet, Menschenrechtsorganisationen sprechen von 220 politischen Gefangenen, darunter Journalisten, Politikerinnen und ehemalige Weggefährten Ortegas.

Costa Rica befindet sich allerdings seit Jahren in einer schweren Wirtschaftskrise, die durch die Covid-19-Pandemie verschärft wurde. Selbst Billiglöhner*innen finden kaum noch Arbeit. Deshalb nehmen immer mehr Menschen den langen und beschwerlichen Landweg in Richtung USA auf sich. Nach Angaben des „Bureau of Customs and Border Protection“ wurden zwischen Januar und September rund 126.300 Nicaraguaner*innen wegen irregulärer Migration an der US-Grenze verhaftet, fast doppelt so viele wie 2021. Sie stellen mit sechs Prozent immer noch eine recht kleine Gruppe unter den Migranten dar,

noch vor wenigen Jahren machten Nicaraguaner*innen sich jedoch so gut wie gar nicht bis zur Grenze zwischen den USA und Mexiko auf den Weg.

Das Fundament des Regimes bröckelt immer deutlicher, gleich mit welcher harter Hand es regiert. Trotz überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und einer bedeutsamen Reduktion der Armutquote zu Beginn von Ortegas erneuter Präsidentschaft ist Nicaragua nach wie vor das zweitärmste Land des amerikanischen Kontinents. Nach den Massenprotesten befand sich die Wirtschaft im freien Fall. Der „Zentralamerikanische Währungsrat“ (CMCA) hat nun bekanntgegeben, dass die Inflationsrate im November über zwölf Prozent lag, das ist der höchste Wert in Mittelamerika.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Überweisungen von Nicaraguaner*innen im Ausland nimmt stetig zu. Sie übersteigen 2022 mit knapp drei Milliarden US-Dollar die Höhe des Staatshaushalts von 2021. Der US-amerikanische Think Tank „Inter-American Dialogue“ schätzt, dass mehr als die Hälfte der 1,6 Millionen nicaraguanischen Haushalte dieses Jahr Überweisungen von Familienmitgliedern aus dem Ausland erhält. Das unabhängige linke Blog „Havana Times“ zitiert einen in die USA geflohenen Nicaraguaner: „Ich sehe, dass das Regime Migration und Auswanderung als Einkommensquelle nutzt.“ Die Überweisungen helfen dem Regime, indem sie den Binnenkonsum stabilisieren und Steuergelder in die

Staatskasse und somit den Repressionsapparat spülen.

Der Soziologe Vargas hatte wenige Tage vor seiner Verhaftung eine Analyse des Landesberichts des Internationalen Währungsfonds für Nicaragua veröffentlicht. Die Regierung habe Entlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Steuererhöhungen und Senkungen der Sozialausgaben angekündigt. Das bedeute „höhere Arbeitslosigkeit, mehr Auswanderung, Kaufkraftverluste, Mangelernährung, Hunger und mehr Unzufriedenheit“, so Vargas, also „den Keim einer erneuten Massenerhebung und/oder den Beginn eines Prozesses der selbst herbeigeführten Implosion“.

Ob es dazu kommt, dürfte auch von internationaler Unterstützung abhängen. Die EU und die USA haben nach 2018 Sanktionen gegen das Land verhängt und sie im Oktober verschärft. Für die lateinamerikanische Rechte ist Nicaragua ohnehin ein Paradebeispiel einer „kommunistischen Diktatur“. Unter der großen Mehrheit der linken Parteien in Lateinamerika, insbesondere solcher mit Regierungsmacht, galt es, trotz aller Differenzen stets in Solidarität gegen den gemeinsamen Feind USA zueinanderzustehen. Doch die Loyalität ist keineswegs mehr unverbrüchlich. Während eines Staatsbesuchs in Mexiko erneuerte Chiles linker Präsident Gabriel Boric Ende November seine bereits in der Vergangenheit an Nicaragua geübte Kritik. Bei Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika oder den „politi-

schen Gefangenen in Nicaragua“ dürfe man „nicht wegschauen“.

Anfang Dezember veröffentlichte die renommierte linke mexikanische Tageszeitung „La Jornada“ einen bemerkenswerten Kommentar des uruguayischen Schriftstellers und Journalisten Raúl Zibechi über das Verhältnis der lateinamerikanischen Linken zu Nicaragua. „Die Obsession für die Macht, sich an die Kontrolle des Staates zu klammern, Repression gegen die Dissidenz und ein Fehlen der Selbstkritik“ verbinde die derzeitigen linken Regierungen mit dem Stalinismus. Wo das Nicaragua des Ortega-Regimes steht, wurde zuletzt auch bei den Abstimmungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen deutlich. Es war – neben Russland, Belarus, Nordkorea und Syrien – eines der fünf Länder, die gegen eine Verurteilung der russischen Invasion der Ukraine stimmten.

René Thannhäuser ist Soziologe und arbeitet als freier Journalist.